



Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Aktionsplan Politische Jugendbildung

Der Landtag wolle beschließen:

Vorbemerkung:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich zu einer politischen Kultur, in der Kinder und Jugendliche als gleichberechtigt wahrgenommen und als wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft angesehen werden, die entsprechend ihrer Lebensphase eigene politische Ansprüche haben. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Partizipation und politische Mitbestimmung durch zusätzliche Angebote der politischen Jugendbildung zu fördern.

Um jungen Menschen politische Teilhabe und Mitbestimmung zu ermöglichen, wird die Landesregierung aufgefordert, bis Mitte des Jahres im Rahmen des Kinder- und Jugendaktionsplans ein Konzept für die Weiterentwicklung der politischen Jugendbildung in Schleswig-Holstein vorzulegen. Folgende Aspekte sollen dabei berücksichtigt werden:

- Demokratische Erziehung innerhalb und außerhalb der Schule hat in Schleswig-Holstein einen traditionell hohen Stellenwert. Politische Bildung ist in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendverbänden und anderen außerschulischen Bildungseinrichtungen kontinuierlich anzubieten; alle Kinder und Jugendliche müssen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Wohnort, Zugang zu Bildung haben. Darüber hinaus müssen Formen der Bürgerbeteiligung verstärkt Gegenstand politischer Jugendbildung werden.
- In den Bereichen Lehrplanarbeit und Bildungsstandards ist dafür Sorge zu tragen, dass politische Bildung als unverzichtbares Element verbindlich Einzug in den Unterricht und Schulalltag aller Alters- und Klassenstufen findet. Dazu gehören in Zeiten vor Wahlen beispielsweise die Behandlung eines breiten Themenblocks "Wahlen und Demokratie", Projekte mit Probewahlen, Workshops und Planspiele sowie eine fundierte Wahlnachbetrachtung.

- Außerschulische Jugendarbeit ist im Hinblick auf ihren politischen Bildungsauftrag zu stärken. Dies erfordert nicht nur Vernetzungsanstrengungen, sondern auch die Bereitstellung finanzieller Ressourcen, zumal eine ausreichende finanzielle Absicherung die Voraussetzung für eine dauerhaft gelingende Vernetzung ist.
- Die Erfahrungen, Kenntnisse und Konzepte der Landeszentrale für politische Bildung sind in diesen Prozess ebenso einzubeziehen wie die Träger der politischen Bildung, lokale Akteure und Bündnisse.

Torge Schmidt, MdL
und Fraktion